

**Empfehlungen zur Weitergestaltung der  
nationalen IKZM-Strategie aus dem Projekt  
“Forschung für ein Integriertes  
Küstenzonenmanagement in der  
Odermündungsregion (IKZM-Oder)”**



**Autoren:  
Peter Dehne, Tim Barkmann & Timo Fichtner**





*IKZM-Oder Berichte*

*66 (2010)*

Empfehlungen zur Weitergestaltung  
der nationalen IKZM-Strategie aus dem Projekt  
„Forschung für ein Integriertes  
Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion  
IKZM Oder“

von

**Peter Dehne, Tim Barkmann & Timo Fichtner**

Hochschule Neubrandenburg, Fachbereich LGGB  
Brodaer Straße 2, 17033 Neubrandenburg

Neubrandenburg, April 2010

## Impressum

Die IKZM-Oder Berichte erscheinen in unregelmäßiger Folge. Sie enthalten Ergebnisse des Projektes IKZM-Oder und der Regionalen Agenda 21 "Stettiner Haff – Region zweier Nationen" sowie Arbeiten mit Bezug zur Odermündungsregion. Die Berichte erscheinen in der Regel ausschließlich als abrufbare und herunterladbare PDF-Files im Internet.



Das Projekt "Forschung für ein Integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion (IKZM-Oder)" wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unter der Nummer 03F0403A gefördert.



Die Regionale Agenda 21 "Stettiner Haff – Region zweier Nationen" stellt eine deutsch-polnische Kooperation mit dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung dar. Die regionale Agenda 21 ist Träger des integrierten Küstenzonenmanagements und wird durch das Projekt IKZM-Oder unterstützt.



**Herausgeber der Zeitschrift:**

Eucc – Die Küsten Union Deutschland e.V.  
Poststr. 6, 18119 Rostock, <http://www.eucc-d.de/>  
Dr. G. Schernewski & N. Stybel

Für den Inhalt des Berichtes sind die Autoren zuständig.

Die IKZM-Oder Berichte sind abrufbar unter <http://ikzm-oder.de/> und <http://www.agenda21-oder.de/>

**ISSN 1614-5968**

### **Vorbemerkung:**

Die vorliegenden Empfehlungen zur weiteren Gestaltung der nationalen IKZM-Strategie basieren auf den Erfahrungen, die bei der BMBF-geförderten Forschung zu einem IKZM im regionalen Kontext der Odermündung gesammelt wurden und bilden den abschließenden Stand der Erkenntnisse des Forschungsprojektes ab. Grundlage für die Erarbeitung der Empfehlungen sind die einzelnen Berichte und Beobachtungen, die seitens der verschiedenen Projektpartner im Verlauf des Forschungsprojektes IKZM-Oder dokumentiert worden sind.

Mit diesem Bericht wird versucht, die für ein regionales IKZM in der Odermündungsregion festgestellten Maßnahmen und Herausforderungen auf die nationale Ebene zu transferieren, um so auch für andere Regionen des deutschen Küstenraums eine Grundlage für die erfolgreiche Umsetzung der nationalen Strategie durch Empfehlungen für deren Anpassung zu ermöglichen.

Es sind gleichzeitig die abschließende Fortschreibung des Zwischenberichtes zu den Empfehlungen zur Weitergestaltung der nationalen IKZM-Strategie im Rahmen des Projektes IKZM-Oder.

## Die Empfehlungen in der Erläuterung

### 1. Problemorientierung des IKZM

*Der umfassende IKZM-Ansatz muss für eine Implementierung an den deutschen Küsten problembezogen gestaltet und auf die jeweiligen Einsatzbedingungen fokussiert abgespeckt werden. Diese (notwendige) Anpassung an die realen Verhältnisse und Rahmenbedingungen im deutschen Küstenraum sollte die nationale Strategie offensiv empfehlen.*

IKZM ist – sowohl in der wissenschaftlichen Debatte als auch in den strategischen Papieren – mit einer Fülle von Aufgaben, Handlungsmaximen und (abstrakten) Zielen verknüpft.

Einerseits führt dies bei den regionalen Stakeholdern zu Schwierigkeiten, die konkrete Umsetzbarkeit (z. B. den “institutional fit“) und den regionalen Mehrwert zu erfassen. Dies ist vor allem deswegen von Belang, da sich die Umsetzung von IKZM nicht nur an fachlich mit dem Thema befasste Institutionen, sondern eben gerade auch an Nichtregierungsorganisationen und nicht-professionelle Strukturen (im Hinblick auf die Umsetzung eines überörtlichen Gestaltungsansatzes wie dem des IKZM), mithin Akteuren, die also nicht „von Amts wegen“ ein IKZM mittragen, richtet.

Andererseits ergeben sich durch die Vielzahl von Ansprüchen und die damit einhergehende Ziel- und Aufgabendiversifizierung nicht oder nur sehr ineffektiv umsetzbare Anforderungen an einen regionalen Entwicklungsprozess.

Entsprechend ist eine der aus den im Rahmen der Umsetzung des Projektes IKZM Oder gewonnenen Erfahrungen die Notwendigkeit zum Aufgreifen konkreter regionaler Problemlagen und Zielstellungen. Nur eine im regionalen Kontext entwickelte und abgestimmte IKZM-Gestaltung wird nachhaltig verankert werden können und Erfolgsaussichten hinsichtlich der Erreichung von (realistischen) Zielen besitzen. Die Schaffung eines möglichst weitgehenden Konsenses zwischen den regionalen Akteuren über die Anlage und Ausprägung des IKZM ist wie bei allen informellen Planungsprozessen mitentscheidend für die Umsetzbarkeit.

## 2. Definition von IKZM

*Die bislang eher „schwammige“ Umschreibung des IKZM-Begriffs, der immer noch fast ausschließlich über Handlungsmaxime, Prinzipien und Grundsätze eingegrenzt und damit nur indirekt erläutert wird, sollte zu einer schlüssigen, verständlichen, knappen und konkreten Beschreibung des IKZM weiterentwickelt werden.*

Angesichts der schwierigen definitorischen Situation bzw. der Übernahme der bestehenden Definitionen aus der EU-Empfehlung und der nationalen Strategie muss ein Bestreben darin liegen, den Begriff des IKZM weniger technisch und wissenschaftlich als vielmehr praxisbezogen zu definieren und dadurch für die Stakeholder greifbar zu machen, die auf zivilgesellschaftlicher Ebene mit IKZM-relevanten Fragestellungen befasst sind. Dieses ist besonders vor dem Hintergrund notwendig, dass eben diese, außerhalb von Verwaltung und Politik agierenden Stakeholder, in die Prozesse einbezogen werden sollen.

Ebenso muss für die Stakeholder deutlicher als bisher herausgestellt werden, dass es sich bei IKZM nicht um einen projektorientierten, sondern um einen prozessorientierten Ansatz handelt, also der iterative Gedanke einer zyklischen Wiederholung als Prozessmotor dient.

Jedoch sollte eine Definition von IKZM nicht top-down und nicht abschließend vorgenommen werden. Die Definition sollte angesichts des umfassenden Aufgabenspektrums vielmehr durch die regionalen Netzwerke innerhalb der festgelegten universalen Grundsätze selbst formuliert werden. So wird eine stärkere Identifizierung erreicht und die regionale Eigenständigkeit bewahrt.

### 3. Kommunikation von IKZM

*IKZM benötigt für eine regionale Umsetzung eine zielgruppenorientierte Kommunikation. Unterschiedliche Interessen und Positionen, aber auch unterschiedliche Ebenen der Fachkenntnisse bedürfen einer differenzierten PR-Arbeit.*

Die Entwicklung von Küstenzonen wird von unterschiedlichsten Interessengruppierungen („Stakeholdern“) beeinflusst bzw. wahrgenommen. Entsprechend weit klaffen die Erwartungen und Intentionen an einen Küstengestaltungsprozess auseinander. Das Spektrum reicht von einem eher konservierenden Ansatz bis zu forcierenden Förder- und Entwicklungsmechanismen.

Viele dieser Akteure sind für die Umsetzung von IKZM essentiell, agieren jedoch auf nicht-professioneller Basis im Hinblick auf fachübergreifende regionale Managementansätze. Die Einbindung dieser Akteure kommt nur über für sie entstehende Zusatzbelastungen zustande und oftmals müssen sie zu diesen erst einmal motiviert werden. Entsprechend ist die Bereitschaft von regionalen Akteuren zur aktiven oder passiven Mitwirkung an IKZM- oder IKZM-ähnlichen Prozessen kein „naturegebenes“ Potenzial. Vielmehr haben eine Reihe von z. T. weniger erfolgreichen Entwicklungsinitiativen und -prozessen eine gewisse Distanz gegenüber neuen Ansätzen erzeugt. Dies gilt gerade auch für das noch unscharf definierte IKZM, da der Mehrwert nicht erkannt wird.<sup>1</sup>

Die Erfahrungen des Projektes zeigen, dass es gerade diesen Akteuren gegenüber schwierig ist, Anliegen und Notwendigkeit eines IKZM mit den bisherigen Beschreibungen verständlich zu machen, seien es private, oder auch „von Amts wegen“ betroffene Akteure.

Wenn IKZM nicht nur auf eine fachverwaltungsinterne Diskussion reduziert wird (was angesichts der übergeordneten raumpolitischen Zielstellungen kontraproduktiv wäre), muss es verständlicher und zielgerichteter aufbereitet werden.

---

<sup>1</sup> Bislang wird IKZM im Bericht zur nationalen Strategie wie folgt definiert: „IKZM ist ein informeller Ansatz, der durch gute Integration, Koordination, Kommunikation und Partizipation eine nachhaltige Entwicklung des Küstenbereichs unterstützen will. IKZM ist zum einen ein Prozess, der als Leitbild alle Planungs- und Entscheidungsbereiche durchdringen soll und zum anderen ein Instrument der integrierten Identifikation von Entwicklungsmöglichkeiten und Konfliktpotenzialen sowie der Konfliktlösung.“ (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Integriertes Küstenzonenmanagement in Deutschland. Nationale Strategie für ein integriertes Küstenzonenmanagement. Berlin 2006, S. 57 f.). Darüber hinaus erfolgt dort weitergehend lediglich ein Verweis auf die (ebenfalls sehr abstrakte) IKZM-Definition der EU (vgl. Europäische Kommission: Eine europäische Strategie für das integrierte Küstenzonenmanagement (IKZM). Allgemeine Prinzipien und politische Optionen. Luxemburg 1999. S. 16).

Das – notwendige – Einbinden der betroffenen Akteure funktioniert am ehesten, wenn es gelingt, die unterschiedlichen Positionen bereits bei der regionalen Kommunikation des Anliegens von IKZM zu berücksichtigen.

#### 4. Regionalisierung von IKZM

*IKZM benötigt eine regionale Umsetzung auf Grundlage eines regionalen Problemportfolios und mit einer unmittelbaren Verbundenheit und Assoziation der Stakeholder mit der Region in, aus einem Bottom-Up-Prozess gewonnenen, regionalen Grenzen.*

Bereits aus der Problemorientierung des IKZM ist der regionale Ansatz einer der wesentlichen Belange der erfolgreichen Umsetzung eines IKZM. Angesichts der jeweiligen unterschiedlichen regionalen und lokalen Problemstruktur und Handlungsfelder und der heterogenen Stakeholderstrukturen erscheint ein regionaler Zugang zum IKZM unumgänglich. Bereits die Unterschiede zwischen urbanen, wirtschaftsstarken Küstenregionen und den im Schwerpunkt touristisch genutzten Regionen mit nur schwach ausgeprägter Wirtschaftsstruktur, oder auch die Küstenregionen in Grenzlage mit ihren individuellen Herausforderungen, verdeutlichen diese Notwendigkeit. Hinzu kommt, dass bereits kleinräumig eine hohe Zahl von Stakeholdern mit verschiedensten Interessen vertreten ist und daher der Einigungsprozess in einem großräumigen Ansatz kaum Erfolg versprechend erscheint.

Eine enge räumliche Abgrenzung bzw. feste Determinierung des räumlichen Wirkungskreises eines regionalen IKZM seitens überregionaler Institutionen oder die Anpassung an bestehende territoriale Grenzen scheint wenig zielführend, da sich dieser Rahmen, wie auch die Gruppe der handlungswilligen Stakeholder selbst konstituieren muss. So wichtig es scheint, die Grenzen der Zuständigkeiten, gerade für die „von Amts wegen“ handelnden Akteure festzulegen, so liegt doch gerade in der Flexibilität und dem informellen Ansatz des IKZM seine Stärke.

## 5. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

*Aufgrund der in fast allen deutschen Küstenregionen vorhandenen nationalen Außengrenzen muss die Nationale IKZM-Strategie grenzüberschreitende Handlungsnotwendigkeiten und -ansätze mit berücksichtigen. Hier sollte auch die Unterstützung der Küstenregionen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch die Bundesregierung deutlich werden.*

Das Projekt IKZM Oder widmet sich beispielhaft der Odermündungsregion, die sich im deutsch-polnischen Grenzraum befindet. Wenngleich einige der Probleme, die sich aus dieser Grenzlage ergeben, mit der Umsetzung des Schengen-Abkommens in Polen abgemildert sind, verbleiben für die Umsetzung eines IKZM mit grenzüberschreitenden Aspekten (gar für ein grenzüberschreitend angelegtes IKZM) zahlreiche resultierende Schwierigkeiten, z. B. gegenseitige Sprachdefizite, fehlende (Fach)Informationen, Währungsunterschied und unterschiedliches Preisniveau, unzureichender Ausbaugrad der (Verkehrs-)Infrastruktur, unterschiedliche Entscheidungskompetenzen auf den administrativen Ebenen sowie inhaltliche Streitfragen der Administrationen.

Viele der kritischen Punkte betreffen Anliegen, die zwischenstaatliche Abstimmung bzw. gemeinsames Handeln erfordern. Eine (ausschließlich) regionale Steuerung von IKZM stößt hier schnell an ihre Grenzen.

Entsprechend sollte die Bundesregierung auch in ihrer Strategie diesen Aspekt aufgreifen und eine enge Kooperation und Unterstützung der deutschen Küstenregionen bei der Lösung dieser Problemlagen darstellen. Die Bemühungen der Europäischen Union zur Implementierung von IKZM in Europa bilden ein geeignetes Fundament zur Untersetzung dieser Position.

Das Instrument des Europäischen Verbundes für die territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) scheint ein nur bedingt geeignetes Mittel für die Umsetzung eines IKZM im Grenzraum zu sein, zumal die Einrichtung eines entsprechenden Verbundes mit erheblichem Aufwand verbunden ist. Gerade vor dem Hintergrund des bisher noch unklaren Rahmens von IKZM sollte über die Etablierung eines EVTZ erst nach Ausschöpfung des bisherigen rechtlichen Instrumentariums für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nachgedacht werden.

## 6. Struktur und Aufgaben im IKZM

*Die Umsetzung bzw. Begleitung eines IKZM sollte mit klar adressierten Verantwortlichkeiten gestaltet werden. Das Zusammenspiel von Prozessverantwortlichen und Stakeholdern erfordert nachvollziehbare und regional verankerte Strukturen. Die Prozesssteuerung sollte möglichst in der Regionalebene angesiedelt werden.*

Die Konzipierung eines IKZM in deutschen Küstenzonen muss bestehende Managementprozesse und zugeordnete Verwaltungskompetenzen berücksichtigen. Viele für das IKZM avisierte Einzelaufgaben werden bereits – allerdings zumeist unabgestimmt – von verschiedenen Organisationen, Verwaltungen u. a. wahrgenommen. Folglich kommt dem formulierten Integrationsziel, also der Zusammenführung unterschiedlicher Fachpolitiken und der Auflösung konflikträchtiger Raumnutzungskonkurrenzen ein großes Gewicht zu. Die regionale Umsetzung dieses Integrationsziels kann dauerhaft nur bei klar verteilten und legitimierten Aufgaben im IKZM-Prozess sichergestellt werden. Hierbei ist vor allem zu klären wie die Prozessverantwortlichkeit geregelt wird. Dies gilt auch für die „Minimalvariante“ eines IKZM, in der keine eigentliche regionale Steuerung implementiert, sondern nur die Entwicklung küstenspezifischer Parameter, z. B. mit Indikatorensets, fachübergreifend dokumentiert und ausgewertet wird.<sup>2</sup>

Das Verhältnis von IKZM zum rechtlichen Rahmen bzw. sein Einfügen in das existente Planungs- und Verwaltungssystem der Bundesrepublik Deutschland sollten klargestellt werden. Gerade die Integration von Fachplanungen, die zentrale Aufgabenbereiche des IKZM direkt beeinflussen oder gar abdecken und das enge, aber nach wie vor unscharf beschriebene Verhältnis zur Raumplanung bedürfen eines formulierten Rahmens zum Zusammenspiel und klarer Richtlinien zur Mitarbeit im Umsetzungsprozess.

Um die regionalen Stakeholder in die Gestaltung eines IKZM einbinden zu können, sollte die Prozessverantwortung als Schnittstelle möglichst in der Region, in der ein IKZM umgesetzt werden soll, angesiedelt sein. Eine Ansiedlung bei überregionalen Trägerstrukturen birgt das Risiko, dass die Stakeholder in die Prozess-Gestaltung nicht ausreichend eingebunden

---

<sup>2</sup> Für die Umsetzung eines IKZM in einer konkreten Küstenregion sollte fallbezogen geprüft werden, ob eine eigene Managementstruktur realisierbar und notwendig ist oder ob sie nicht sogar zu kontraproduktiven Parallelstrukturen und Kompetenzüberschneidungen führen könnte. Dies wird in erster Linie von den speziellen Zielen des regionalen Ansatzes abhängen. Es bleibt demnach jeweils zu klären, ob die IKZM-Koordinierung an bestehende Einrichtungen angekoppelt werden sollte.

werden. In jedem Fall bedarf der Träger einer Autorisierung durch die regionalen Stakeholder, um die Akzeptanz dieser Schnittstelle zu gewährleisten und die Mitarbeit Aller an zukünftigen Prozessen sicherzustellen.

Ein Schritt zur Stärkung der Netzwerkstruktur und zur übergreifenden Kommunikation wird aktuell durch das Küstenkontor vollzogen, indem ein Projektbeirat etabliert wurde und geprüft wird, inwieweit einer entsprechenden IKZM-Stelle Rechnung getragen werden kann. Als essentiell muss hierbei jedoch der Schritt in die unteren hierarchischen Ebenen gesehen werden, da nur ein regionales IKZM Erfolg verspricht.

Auf der regionalen Ebene sollte IKZM an bestehende Netzwerkstrukturen angelehnt, bzw. auf selbigen aufgesetzt werden. Hierbei ist weniger wichtig, welche Ausrichtung oder Interessen diese Netzwerke verfolgen, als vielmehr ihre regionale Verankerung.

## 7. Prozessindikatoren

*Indikatoren bieten eine Möglichkeit, die auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelten Aufgabenbereiche und Ziele von IKZM zu bündeln. Gerade bei der Existenz von Schwierigkeiten, die aus inhaltlichen und organisatorisch-institutionellen Problemlagen herrühren, können Indikatorensets eine (vorbereitende) Zusammenführung der einzelnen IKZM-relevanten Bereiche darstellen. Eine starke Orientierung an realen Problemlagen ist dabei zu berücksichtigen.*

IKZM-Indikatoren sollten auf konkrete regionale Problemlagen bzw. Entwicklungen abzielen und real (regional) beeinflussbare Parameter abbilden. Dadurch erhöht sich die Implementierungsaussicht bzw. die Chance auf eine Mitgestaltung des IKZM-Prozesses durch regionale Stakeholder, da für sie direkt „sichtbare“ Aspekte aufgegriffen werden. Diese Erfordernisse sind Grundvoraussetzungen für ein sinnvoll funktionierendes IKZM in der Praxis.

Problembezogene Indikatorensets stellen eine geeignete Grundlage dar, IKZM als einheitlichen, integrierenden Gestaltungsansatz zu zementieren und insbesondere die von unterschiedlichen Akteuren bearbeiteten Aufgabenfelder gesammelt abzubilden und zusammenzuführen. Gerade angesichts der Schwierigkeit, IKZM-Belange und -aufgaben organisatorisch zu bündeln, können Indikatoren bei regionalpolitischer Legitimierung eine Integrationsfunktion übernehmen.

## **8. Klimawandel, Tourismus und Küstenschutz**

*Die Folgen des Klimawandels treten gerade auch in den Küstenregionen zutage. Die Auswirkungen werden vor allem auch für den Tourismussektor eine Rolle spielen. Bei der Ausgestaltung von IKZM sollte diesem Aspekt ein besonderes Gewicht zukommen.*

Durch den Klimawandel werden für die Odermündungsregion direkt keine zentralen Auswirkungen erwartet. Jedoch verändern sich durch die Folgen des Klimawandels die Rahmenbedingungen von einzelnen IKZM-relevanten Sektoren (wie z. B. Fischerei, Forstwirtschaft, Siedlungsentwicklung, Tourismus, Küsten- und Hochwasserschutz u. a.) in unterschiedlichem Maße.

So werden beispielsweise für den Tourismussektor durchaus gegensätzliche Effekte erwartet. Einerseits kann das Ansteigen der Durchschnittstemperaturen sowie die längeren und trockeneren Sommer einen Anstieg der jährlichen Gästezahlen (mit seinen Folgewirkungen für die Küstennutzung) bedeuten. Auf der anderen Seite wird sich die Erwärmung eher negativ auf die Gewässerqualität auswirken, was hinsichtlich der touristischen Positionierung (Strand- und Bade-Destination) eine Verschlechterung der Situation hieße. Auch steht ein Anstieg der Wetterextreme in Aussicht, was insbesondere entlang der Küstenlinie Folgeprobleme mit sich bringt.

In jedem Falle werden die Folgen des Klimawandels für die Küstenentwicklung nicht nur in der Odermündungsregion (zumindest indirekt) evident sein und einen erhöhten Abstimmungsbedarf zwischen Küstenschutz und touristischer Nutzung erfordern. Die augenscheinlichsten Problemfelder sind bereits heute Flächenkonkurrenzen für die verschiedenen Nutzungen im Küstenraum, deren weitere Entwicklung einer Abstimmung bedarf, die über die Raumordnung hinausgeht. Entsprechend sollten für IKZM-Prozesse diesbezügliche Fragen in die strategischen Ausgestaltungen mit einfließen. Die Erarbeitung sicherer Prognosen hinsichtlich der regionalen Auswirkungen des Klimawandels und der Umgang mit Folgen und Konsequenzen sollten integraler Bestandteil eines IKZM sein.

## **9. Einbeziehung der Küstengewässer bzw. integrierte Betrachtung von Land und See**

*IKZM sollte, gerade aufgrund noch fehlender seeseitiger Steuerungsmechanismen, die Integration der Küstengewässer in einen räumlich-strategischen Zusammenhang bewerkstelligen.*

Die Einbeziehung der Küstengewässer in die räumliche Planung ist bislang nur ungenügend gelöst. Wenngleich eine Raumordnung auf dem Meer angestoßen ist und die Landesraumordnung die integrierte Betrachtung von Land und Meer anstrebt, sollte doch gerade, vor dem Hintergrund der bisher differierenden Zuständigkeiten, für die Küstengewässer auf der informellen Ebene eine Ausweitung der Betrachtungsräume auf diese und ein Erkennen der Wirkzusammenhänge mit den seeseitigen Ausprägungen des jeweiligen Handelns erfolgen.

So wie beispielsweise die Gewässerqualität einen direkten Einfluss auf die Region als Tourismusdestination hat, hat auch die Landbewirtschaftung im Bereich des Flusseinzugsgebietes und die damit verbundenen Nährstoffeinträge einen direkten Einfluss auf diese. Desgleichen gilt für weitere Belange wie beispielsweise die Errichtung von Windenergieanlagen, sowohl on- wie offshore und deren Einfluss auf den Tourismus.

## 10. Ziele des IKZM

*Durch IKZM zu einer ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltigen Entwicklung im Küstenraum beizutragen wird nur dann gelingen, wenn alle relevanten Stakeholder animiert werden können, den Prozess mitzugestalten und wenn ein konstruktiver Kommunikations- und Abwägungsprozess auf regionaler Ebene stattfindet.*

Hinsichtlich der weitgreifenden Ziele unter der Notwendigkeit der Mitarbeit und Einbeziehung der regionalen Stakeholder erscheint eine Verpflichtung bzw. ein rechtlicher bzw. institutioneller Zwang als Möglichkeit, die Umsetzung eines IKZM-Prozesses zu beschleunigen. Jedoch ergibt sich schon aus dem Ansatz der Informalität und des additiven Charakters von IKZM die Freiwilligkeit der Mitwirkung. Nichtsdestotrotz ist abzusehen, dass angesichts der bereits heute absehbaren, weitreichenden Veränderungen, sowohl hinsichtlich der ökologischen als auch ökonomisch-sozialen Aspekte im Küstenraum, aus eben diesen ein „natürlich“ induzierter Zwang erwächst, der die Stakeholder zur aktiven Mitgestaltung des Lösungsprozesses animieren, und somit aktiv zur Implementierung von regionalen IKZM beitragen wird. Speziell in Themenkomplexen mit einem hohen Grad der Betroffenheit von Stakeholdern sind derartige Entwicklungen bereits absehbar.

Wie die Analyse zeigte, scheinen Zielvorgaben und Fristen wie sie beispielsweise bei der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) vorgegeben sind, den jeweiligen Prozess positiv zu beeinflussen, wobei durch die lediglich den Rahmen vorgebende Gesetzgebung die notwendige Flexibilität zur individuellen Prozessgestaltung und flexiblen Einbeziehung betroffener Stakeholder gegeben ist.

Eine Kombination aus Vorgaben von Fristen und der Freiwilligkeit der Beteiligung scheint angesichts der Analysen eine gute Möglichkeit zur Einbindung von IKZM in bestehende Prozesse und Strukturen.